Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2015/01219**
Datum: 15.09.2015
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Hendrik Lange, Melanie Ranft, Kay Senius, Denis Häder, Andreas

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Bildungsausschuss	06.10.2015	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	28.10.2015	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Antrag der Stadträte Hendik Lange, Melanie Ranft, Kay Senius, Denis Häder und Andreas Schachtschneider zur Verabschiedung einer Resolution**

Beschlussvorschlag:

Der Bildungsausschuss schlägt dem Stadtrat vor, folgende Resolution zu verabschieden:

Resolution des Stadtrates zur dramatischen Entwicklung der Unterrichtsversorgung in der Stadt Halle (Saale)

Der Stadtrat nimmt mit großer Sorge die Beschwerden von Eltern und SchülerInnen über den Unterrichtsausfall an ihren Schulen zur Kenntnis. Fehlende FachlehrerInnen , zu wenige Lehrerstellen und unbesetzte Stellen gefährden den Schulunterricht in hoher Qualität. Zudem reduzieren sogenannte bedarfsmindernde Maßnahmen das Niveau der schulischen Ausbildung.
Durch das Ausscheiden einer großen Anzahl von LehrerInnen in den nächsten Jahren wird sich dieser Trend unweigerlich verschärfen.

Gerade in einer Stadt wie Halle (Saale) , in der über 30% der Kinder von Transferleistungen

leben, ist eine ausgezeichnete Schulbildung notwendig, damit allen Kindern die bestmöglichen Chancen für ihre Entwicklung eröffnet werden. Zudem stellen sich unsere Schulen den Herausforderungen von Inklusion und Integration von MigrantInnen. Der Stadtrat unterstützt das ausdrücklich!
Allerdings ist seitens des Landes eine adäquate Unterrichtsversorgung mit dem entsprechend qualifizierten Lehrpersonal nötig!
Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass auf die Initiativen des Bildungsausschusses seitens der Landesregierung lediglich mit schöngerechneten Statistiken reagiert wurde und Gesprächsangebote ausgeschlagen wurden.

Der Stadtrat fordert daher die Landesregierung mit dieser Resolution auf:

1. Die Unterrichtsversorgung an allen Schulen so sicherzustellen, dass der Unterricht vollumfänglich stattfinden kann.

2. Die zusätzlichen Lehrpersonalbedarfe für Inklusion und Integration von MigrantInnen zu decken.

3. Jede freiwerdende LehrerInnenstelle unverzüglich wiederzubesetzen.

4. Die Kapazitäten in der LehrerInnnenausbildung so auszuweiten, dass zukünftige Bedarfe gedeckt werden können und SeiteneinsteigerInnen den Weg in den LehrerInnenberuf zu ermöglichen.

5. Die bedarfsgerechte Schulsozialarbeit in Absprache mit der Kommune zu ermöglichen.

Eine gute Schulbildung ist eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Sie ist eine wesentliche Grundlage für eine gedeihliche zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt, der Region, des Landes! Um dies sicherzustellen, muss die Landesregierung JETZT handeln!

gez. Hendrik Lange
Stadtrat
Fraktion DIE LINKE/
DIE PARTEI im
Stadtrat Halle(Saale)

gez. Melanie Ranft
Stadträtin
Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

gez. Kay Senius
Stadtrat
SPD-Fraktion
Stadt Halle(Saale)

gez. Denis Häder
Stadtrat
Fraktion MitBÜRGER
für Halle- NEUES FORUM

gez. Andreas Schachtschneider
Stadtrat
CDU/ FDP-Stadtratsfraktion
Halle (Saale)

Begründung:

Immer mehr besorgte SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen der Stadt Halle melden sich zu Wort, weil in den Schulen Unterricht ausfällt. Zahlen des Landesschulamtes bestätigen diese Situation.
Deshalb hatte sich der Bildungsausschuss im März mit einem Offenen Brief an die Landesregierung gewandt. (http://buergerinfo. halle.de/getfile.asp?id=160293&type=do).

In seiner Antwort meinte Finanzminister Bullerjahn, dass dies nicht zutreffen würde. Vielmehr würde die vom Gesetzgeber geforderte Unterrichtsversorgung in fast allen Schulen Halles die Grenze von 103% deutlich überschreiten. Probleme könnten durch Umsetzung von Personal innerhalb Halles insbesondere durch Rückabordnungen vom LISA und vom Landesschulamt bewältigt werden (http://buergerinfo.halle.de/getfile.asp?id=160294&type=do). Diese Aussagen widersprechen eklatant den Erfahrungen von Eltern und SchülerInnen als auch den Zahlen des Landesschulamtes. Deshalb hatte der Bildungsausschuss des Stadtrates am 1. September 2015 eine aktuelle Stunde zum Thema Unterrichtsversorgung durchgeführt und dazu die Landesregierung eingeladen.

Die Landesregierung sagte drei Tage vorher ihre Teilnahme ab und teilte u.a. mit: „Nach unseren Informationen ist in Halle an allen Schulen personalseitig ein guter Schulstart gesichert."

Der Einladung gefolgt war der Landesvorsitzende der GEW Thomas Lippmann. Er beleuchtete in seinem Vortrag die Situation der Unterrichtsversorgung in Sachsen-Anhalt und in Halle anhand konkreter zahlen und zog eine dramatische Bilanz: In einem Großteil der Schulen der Stadt lag und liegt die Unterrichtsversorgung unter 103%, sogar unter 100%. Das bedeutet bei einem durchschnittlichen Krankenstand von 5%, dass Unterrichtsausfall zwangsläufig ist. Durch sogenannte bedarfssenkende Maßnahmen des Kultusministeriums wird zudem das Niveau der Schulbildung abgesenkt. Diese Situation wird sich weiter verschärfen, weil in den nächsten Jahren die Anzahl der LehrerInnen, die jährlich aus Altersgründen ausscheiden werden, enorm ansteigt. Hinzu kommt ein neuer zusätzlicher LehrerInnen bedarf durch die steigende Zahl von Flüchtlingskindern. Dieser Bedarf wird durch die bisher geplanten Einstellungen in keiner Weise gedeckt. Und selbst wenn mehr Stellen ausgeschrieben werden, wird es erhebliche Probleme geben, diese zu besetzen, weil durch die Schließung der LehrerInnenausbildung in Magdeburg vor 10 Jahren und die zu niedrige Anzahl von Referendariatsstellen in Sachsen-Anhalt der notwendige Nachwuchs fehlt.

In der anschließenden Diskussion wurden diese Aussagen von LehrerInnen und SchülerInnen durch Schilderungen der Situation vor Ort bestätigt.

Stadt Halle (Saale) 29.09.2015
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

Sitzung des Bildungsausschusses am 06.10.2015
Betreff: Antrag der Stadträte Hendik Lange, Melanie Ranft, Kay Senius, Denis Häder und Andreas Schachtschneider zur Verabschiedung einer Resolution
Vorlagen-Nummer: VI/2015/01219
TOP: 6.1

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Begründung:

Die Resolution ist an die Landesverwaltung gerichtet und betrifft eine originäre Landesaufgabe, die Unterrichtsversorgung auch in Halle mit ausreichend Lehrern kurz und mittelfristig sicher zu stellen.

Dabei wird eher die Ratszuständigkeit für die allgemeine Daseinsvorsorge tangiert als die reine exekutive Zuständigkeit im Rahmen der Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Stadt Halle (Saale).

Als fraktionsübergreifend getragene Meinungsäußerung des Rates ist eine Wortmeldung an das Land wichtig.

Eine Erfüllung dieser Forderungen ist im kommunalen Interesse, um den SchülerInnen optimale Bedingungen des Lernens an den halleschen Schulen zu ermöglichen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Tobias Kogge
Beigeordneter